

## Rot-grüner Widerspruch



**Die Grünen wollen seit Jahren die Treibstoffpreise erhöhen, damit zur Schonung des Klimas weniger klimaschädliche Emissionen ausgestossen werden.**

Nun steigen die Treibstoffpreise kriegsbedingt massiv an, und der Kunde an der Tanksäule zahlt den gestiegenen Marktpreis plus den vom Staat erhobenen Zuschlag mit der Doppelfunktion der Finanzierung des Strassenbaus und der umweltbedingten Lenkung des Konsums.

Und wie reagiert die Politik? Wohlwollende Politiker wollen die Preise senken, indem der zunächst künstlich verteuerte Konsum nachträglich wieder subventioniert wird. Das werden grosse Teile der Wählerschaft, auch Rote und Grüne, zu schätzen wissen. Endlich ein wohlwollender Staat, der zwar für einmal nicht so ökologisch, aber dafür umso sozialer ist!

Idealerweis möchte man das nur für jene tun, die auf das Auto angewiesen sind. Noch sozialer wäre aus dieser Sicht natürlich, wenn die Verbilligung nur den Weniger-Bemittelten zugutekäme, und die reiche Minderheit weiterhin die steigenden Preise plus die staatlichen Zuschläge voll bezahlen müsste. Aber weil die Reichen eine Minderheit sind, fällt ihr Treibstoffkonsum bei der Reduktion der Klimabeeinträchtigung kaum ins Gewicht. Ein echtes Dilemma!

Es zeigt, dass die von den Klimaschützern angestrebte weltweite Klimaschonung nur durch eine weltweite Reduktion des Massenkonsums zu erreichen ist, und genau dieser Massenkonsum soll durch allgemeine Umverteilung von Reichen zu Armen wiederum gefördert werden... Die beiden Ziele einer gerechteren und einer umweltgerechteren Welt sind kaum vereinbar. Aber das will niemand wahrnehmen und zum politischen Thema machen.

Robert Nef, Publizist, St.Gallen

## Die nächste Krise kommt

**Unser Land rutscht in eine Notlage. Wir tun zu wenig, um die Gefahr abzuwenden. Geht es um Corona? Nein. Geht es um den Ukraine-Konflikt? Auch, aber nur am Rande.**

Die kommende Energiekrise wird das gesellschaftliche und das wirtschaftliche Leben der Schweiz massiv beeinträchtigen und beschädigen. Zu diesem Schluss kommt die nationale Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz von 2020. Obwohl sie eine Strommangellage als eines der drei grössten Risiken für die Schweiz aufführt, wurde das Resultat dieser sauberen Arbeit bis jetzt sträflich missachtet. Klar ist: Der zeitweise Ausfall der Energie- und Stromversorgung birgt ein hohes Schadenpotenzial.

Falls wir in eine längere, schwere Strommangellage hineinlaufen, so entstehen in der Schweiz gigantische wirtschaftliche Verluste. Insgesamt ist mit einem Schaden von über 100 Milliarden Franken zu rechnen. Zudem werden grosse Personenschäden vorausgesagt.

Vergessen Sie die Milliarden, die wir für die Coronakrise aufgewendet haben! Sie sind nur ein Bruchteil von dem, was uns eine Energiekrise kosten würde. Es ist Zeit, dass die ideologischen Träumereien in Bundesbern endlich brauchbaren Lösungsvorschlägen weichen.

Die Risikoanalyse des BABS ist ein Arbeitsinstrument für die systematische Planung von Massnahmen. Mit Blick auf die Zahlen und Fakten zur Strom- und Energiebilanz ist klar, dass mit der geplanten Umsetzung der Energiestrategie 2050 nicht genügend Strom bereitgestellt werden kann.

Wenn wir uns das verschärfte Klimaziel des Bundesrates (netto null Treibhausgasemissionen bis 2050) vor Augen halten, so ergeben sich gewichtige Probleme. Es wird zu einem massiv steigenden Stromverbrauch kommen. Der Hauptgrund ist die Elektrifizierung, zum Beispiel von Autos oder Heizungen.

Bis heute hat der Bundesrat ausser einem möglichen Bau von Gaskraftwerken keine griffigen Massnahmen vorgelegt, welche die Versorgungssicherheit auch im Winter gewährleisten. Die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses? Ist so sicher nicht möglich.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.